

Anna Meine
*Unabhängigkeit
in Europa*

Schottlands Zukunft
und Debatten um
Selbstbestimmung
und Souveränität



Unabhängigkeit in Europa

Anna Meine, PD Dr., ist Akademische Oberrätin a. Z. am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster. Ihre Arbeiten im Bereich der politischen Theorie befassen sich mit Legitimität, Demokratie und Bürgerschaft im Staat und auch jenseits des Staates, mit politischer Unabhängigkeit und ihren Nachbarbegriffen sowie mit Ozeanpolitik.

Anna Meine

Unabhängigkeit in Europa

Schottlands Zukunft und Debatten um
Selbstbestimmung und Souveränität

Campus Verlag
Frankfurt/New York

Überarbeitete Fassung der am 20. November 2024 an der Philosophischen Fakultät der Universität Siegen angenommenen Habilitationsschrift »Unabhängigkeit in einer interdependenten Welt. Von den Debatten um Schottlands konstitutionelle Zukunft zu einem theoretischen Begriff politischer Unabhängigkeit«.

ISBN 978-3-593-52225-8 Print

ISBN 978-3-593-46428-2 (PDF)

ISBN 978-3-593-46427-5 (EPUB)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Die Beltz Verlagsgruppe behält sich die Nutzung ihrer Inhalte für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor. Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

© 2026. Alle Rechte im Campus Verlag in der Beltz Verlagsgruppe GmbH & Co. KG, Werderstr. 10, 69469 Weinheim, info@campus.de.

Umschlaggestaltung: Beltz Verlagsgruppe GmbH & Co. KG

Umschlagmotiv: Ausschnitt einer Europakarte, Grundlage: Shutterstock ID: 2516299577, Titus JP, Bearbeitung: Anna Meine.

Satz: le-tex xerif

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist ein Unternehmen mit finanziellem Klimabeitrag (ID 15985-2104-1001).

Printed in Germany

Campus Verlag® / www.campus.de

Inhalt

Vorwort	9
Einleitung	13
Teil A: Schottland im UK in Europa und die Debatten um Unabhängigkeit	
1 Debatten um Unabhängigkeit im schottischen, britischen und europäischen Kontext	41
1.1 Kartierung: Kontexte der Debatten um die Unabhängigkeit Schottlands	41
1.1.1 Historische Skizze: Beziehungen zwischen Schottland und UK im Wandel	44
1.1.2 Institutionelle Konstellation: Devolution und ihre konzeptuellen Grundlagen	55
1.1.3 Identitäten, politische Ideologien und die Akteurskonstellation in der Unabhängigkeitsdebatte	66
1.2 Unabhängigkeit in der schottischen Referendumsdebatte 2013/2014 .	76
1.2.1 Unabhängigkeit als institutionelle Weichenstellung	80
1.2.2 Unabhängigkeit als theoretisches Leitprinzip: Konzeptuelle Bausteine	100
1.3 Brexit und schottische Unabhängigkeit: Unabhängigkeitsdebatten auf unterschiedlichen Ebenen	121
1.3.1 Der Brexit und Konzeptionen von Souveränität und Unabhängigkeit des UK	124
1.3.2 Schottische Unabhängigkeit im Horizont des Brexits: Die Wahl zwischen Unionen?	129

2 <i>Zwischenfazit</i> : Unabhängigkeit als Verbundbegriff und ihre Lesarten in den Debatten um Unabhängigkeit und Union	147
2.1 Politische Unabhängigkeit: Ein relationaler und ebenenübergreifender Verbundbegriff	147
2.2 Eine Typologie liberaler, (liberal-)nationalistischer und republikanischer Lesarten politischer Unabhängigkeit	155

Teil B: Unabhängigkeit und Verhältnisse und Verknüpfungen von Freiheit, Selbstbestimmung und Souveränität

3 Freiheit und Selbstbestimmung: Die Grundlagen des Strebens nach Unabhängigkeit und die Frage ihrer Akteure	173
3.1 Liberaler Nationalismus: Individuelle Freiheit nicht ohne nationale Selbstbestimmung	176
3.2 Liberalismus: Individuelle Freiheit und kollektive Selbstbestimmung in Spannung?	187
3.3 Republikanismus: Individuelle Freiheit mittels kollektiver Selbstbestimmung	198
3.4 Kollektive Handlungsfähigkeit, korporative Handlungsfähigkeit und politische Unabhängigkeit	209
4 Freiheit und Souveränität: Zu Status und Beziehungen unabhängiger politischer Ordnungen	223
4.1 ›Westfälische‹ Souveränität und Freiheit als Nicht-Einmischung: Unabhängigkeit versus Interdependenz	227
4.2 Postsouveränität als Alternative für unabhängige Ordnungen?	237
4.3 Relationale Souveränität und Freiheit: Liberaler und republikanischer Perspektiven auf Unabhängigkeit und Interdependenz	244
4.3.1 Relationale Souveränität und Freiheit in einer dualistischen Weltordnung	246
4.3.2 Relationale Souveränität und freie Staatlichkeit zwischen Nicht-Beherrschung und Autonomie	252
4.3.3 Souveränität als korporative Handlungsfähigkeit und ihre Verknüpfungen mit Freiheit	260

4.4 <i>Zwischenfazit</i> : Binäre und eingebettete Unabhängigkeit und die Verknüpfungen von Souveränität und Freiheit	265
4.5 Unabhängigkeit und die politische Form des Staates? Status und Beziehungen pluraler Ordnungen als korporativer Akteure	279
4.6 Methodologischer Kommentar: Multiperspektivität in der theoretischen Auseinandersetzung mit politischer Ordnungsbildung	289
5 Souveränität und Selbstbestimmung: Zu den Verhältnissen von unabhängigen Ordnungen und Demoi	295
5.1 Souveränität und Volkssouveränität: Zwei Seiten einer staatlichen Medaille?	299
5.2 Unabhängigkeit und die konstituierende Macht des Volkes	316
5.3 <i>Zwischenfazit</i> : Eine Gegenüberstellung nationalistischer, liberaler und republikanischer Theorien politischer Unabhängigkeit	338
6 Von einer politischen Theorie politischer Unabhängigkeit zu ihren institutionellen Konsequenzen in Kontexten von Interdependenz und Union	347
6.1 Unabhängigkeit versus institutionelle Autonomie: Eine Gegenüberstellung	348
6.2 Unabhängigkeit und Interdependenz: Eine Neubestimmung	358
6.3 Unabhängigkeit und Unionen: Konstellationen pluraler unabhängiger Ordnungen	362
6.4 Unabhängigkeit, pluralistische Konstellationen und neue Perspektiven auf Sezession	379
Fazit und Ausblick	385
Quellen	395
Literatur	399
Abbildungen	421
Tabellen	423

Vorwort

Im September 2007 bin ich als ERASMUS-Studentin zum ersten Mal in Edinburgh angekommen. Seit dieser Zeit hat mich das Interesse für Politik in Schottland und im UK nie mehr ganz losgelassen. Es hat jedoch noch knapp zehn Jahre gedauert, bis ich Idee und Theorien politischer Unabhängigkeit und auch die Debatten um Schottlands Zukunft zu meinem Forschungsgegenstand gemacht habe. Nach dem Unabhängigkeitsreferendum 2014 und dem Brexit-Referendum 2016 habe ich ab 2017 an der Universität Siegen zu politischer Unabhängigkeit und Unabhängigkeitsbewegungen geforscht. Als Ergebnis konnte ich die vorliegende Studie unter dem Titel »Unabhängigkeit unter Bedingungen der Interdependenz. Von den Debatten um Schottlands konstitutionelle Zukunft zu einem theoretischen Begriff politischer Unabhängigkeit« im Januar 2024 als Habilitationsschrift einreichen. Sie verbindet mein Interesse an Schottland, dem UK und Europa mit meinem Arbeitsschwerpunkt zu theoretischen Grundlagen politischer Ordnungsbildung im Staat und jenseits des Staates. Sie steht zudem für eine politische Theorie, die empirisch rückgebunden, aber nicht determiniert ist und die gerade deshalb eine konstruktive Brücke zwischen Sozial- und Geisteswissenschaften zu schlagen vermag.

Politische Veränderungen kennzeichnen zugleich die Zeit seit 2024. Zwar war Politik, war die internationale Ordnung schon zuvor durch vielfältige Herausforderungen und Krisen geprägt. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine war fast zwei Jahre alt, als ich diese Arbeit eingereicht habe. Doch spätestens in der zweiten Amtszeit des US-Präsidenten Trump scheinen die Grundfesten der internationalen Ordnung endgültig infrage zu stehen, und mit ihr etablierte Verständnisse von Grundbegriffen wie Freiheit, Souveränität und Selbstbestimmung sowie von politischer Unabhängigkeit. Tatsächlich fordert die sogenannte Renaissance der Großmachtpolitik einige Thesen, nicht zuletzt die Idee der eingebetteten Unabhängigkeit, die diese Arbeit systematisch entwickelt und verteidigt, heraus. Die vorliegende Studie in weitgehend unveränderter Form zu veröffentlichen, bedeutet, diese Entwicklungen nicht explizit zum Gegenstand zu machen.

Doch erstens bleiben Forderungen nach Freiheit, Selbstbestimmung und Souveränität Teil der politischen Realität unserer Tage. Die Frage, was politische Unabhängigkeit unter Bedingungen von Interdependenz und Integration bedeuten kann und soll, bleibt weiterhin und gerade in Europa sowie im Kontext der EU eine zentrale Frage. Sie auch theoretisch überzeugend zu beantworten, ist notwendig, um beispielsweise rechten und populistischen Kritiken der europäischen Integration etwas entgegenzustellen. Das Verhältnis von Unabhängigkeit, Interdependenz und Union zu reflektieren, ist grundlegend für Debatten um die internationale Ordnung und insbesondere die Zukunft der EU.

Zweitens ist es Aufgabe der politischen Theorie und Ideengeschichte, einen Reflexionsraum zu eröffnen und zu pflegen, der die Auseinandersetzung über Grundlagen und Leitideen politischer Ordnungsbildung und auf dieser Basis auch die kritische Betrachtung aktueller Entwicklungen ermöglicht. Das bedeutet nicht, Machtpolitik naiv auszublenden oder zu negieren. Begriffe und Theorien haben keine unmittelbare politische Konsequenz; Normen gelten nicht von selbst. Doch sie haben politische Konsequenzen, wenn sie handlungsleitend werden. Während die Entwicklung der internationalen Ordnung derzeit ungewiss scheint, behält die theoretische Reflektion der sie prägenden Ideen und Normen ihren Wert. Die theoretischen Ergebnisse dieser Arbeit zu Begriff und Idee politischer Unabhängigkeit bleiben im Kern weiterhin gültig. Ja, diese Studie und auch der Rückblick auf die Referendumsdebatten in Schottland, während derer die Bedeutung von Unabhängigkeit in facettenreicher und demokratischer Form öffentlich diskutiert wurde, bieten vielleicht gerade angesichts der Herausforderungen von 2026 eine hilfreiche Erinnerung – daran, welche Bedeutung legitime und demokratische politische Ordnungsbildung hat, welcher Wert mit politischer Unabhängigkeit, aber auch mit internationaler Kooperation und mit Integration und Unionen jenseits des Staates verbunden ist, und schließlich, wie wichtig die freie und weitgehend faire, friedliche und demokratische Auseinandersetzung darüber hat.

Mit dieser Veröffentlichung kommt für mich eine besondere Phase meines akademischen Lebens endgültig zu ihrem Abschluss. Lesen, Denken und Schreiben haben in dieser Zeit viele Tage geprägt. Im Rückblick und gerade während ich das Manuskript der Habilitationsschrift für diese Veröffentlichung vorbereitet habe, wird aber auch deutlich, wie viele Menschen mich auf diesem Weg begleitet und unterstützt haben. Ich möchte diese Gelegenheit deshalb nutzen, einigen von ihnen aufrichtig zu danken.

Dies betrifft zunächst die Gutachter:innen der Habilitationsschrift. Robert Kaiser hat mein Interesse an Unabhängigkeitsbewegungen in Europa von Beginn an unterstützt und mir in Siegen Möglichkeiten eröffnet, zu diesem Themenbereich zu forschen und zu lehren. Peter Niesen ist nicht nur in Fra-

gen von Volkssouveränität und konstituierender Macht für mich ein wertvoller Gesprächspartner, für dessen Unterstützung auch bei diesem Projekt ich mich herzlich bedanke. Eva Marlene Hausteiner hat, ohne zu zögern und mit großer Expertise, ein weiteres Gutachten übernommen und ich freue mich auch in Zukunft auf Austausch über Fragen von Ordnungsbildung, nicht zuletzt im Kontext von Föderationen. Auch den weiteren Mitgliedern der Habilitationskommission sowie allen Verantwortlichen im Dekanat der Philosophischen Fakultät der Universität Siegen sei zudem für ihre Unterstützung im Laufe des Verfahrens gedankt.

Eine ganze Reihe von Siegener Kolleg:innen haben mich darüber hinaus über die Jahre in vielfältiger Weise begleitet. Nicht zuletzt durch ihre Unterstützung habe ich die Freude an universitärer Forschung und Lehre nie verloren. Dank geht an Sigrid Baringhorst für ihre kontinuierliche Unterstützung in allen Fragen rund um eine wissenschaftliche Karriere, an Hans Graßl für viele Gespräche und gute Geschichten rund um Universität, Politik und Welt, an Simon Franzmann und Kathrin Ackermann für den wertvollen Austausch über empirische und theoretische Forschung und an die vielen weiteren Kolleg:innen, die am Seminar für Sozialwissenschaften für eine gute und konstruktive Arbeitsatmosphäre sorgen. Ein besonderer Dank geht zudem an Anke Krause, die mit ihrer Herzlichkeit auch dann da war, wenn es mal nicht lief, und die mir auf gemeinsamen Wanderungen während der Pandemie das Siegerland nähergebracht hat.

Mit vielen Kolleg:innen in Deutschland und Europa konnte ich im Laufe der Jahre und in unterschiedlichen Kontexten über Unabhängigkeit und Unabhängigkeitsbewegungen, über Souveränität und Staatlichkeit, Volkssouveränität und Selbstbestimmung, über Nationalismus und Republikanismus oder auch einfach über Schottland diskutieren. Als Erster zu nennen ist an dieser Stelle Peter A. Kraus. Danke für den wertvollen inhaltlichen Austausch wie auch für die konstruktive Kooperation in den letzten Jahren. Eben solcher Dank geht auch an Adam Fusco, Alexander Weiß, Andreas Busen, Andreas Niederberger, Andreas Oldenbourg, Coree Brown Swan, Felix Petersen, Frank Dietrich, Marc Sanjaume, Markus Patberg, Marius Guderjan, Michael Keating, Oliver Eberl, Pau Bossacoma Busquets, Svenja Ahlhaus, Thorsten Thiel, Tobias Albrecht, Verena Frick. Nicht weniger wichtig waren die vielfältigen Anmerkungen, Fragen und Kritiken, die ich bei Konferenzen, Workshops und Kolloquien erhalten habe. Entsprechend geht Dank an die Teilnehmenden beispielsweise der 26. Conference of Europeanists in Madrid, des ECPR-Joint Sessions Workshop zu »Secessionism and Secession«, des Workshops »Wie viele Gesichter hat die Souveränität?« in der Villa Vigoni, der Panel »Independence, Sovereignty, Self-Determination« und »The Contested People« bei den DVPW-Kongressen 2021 und 2024, der Konferenz »(Re-)Drawing Borders. When and where was the United Kingdom?

When and where is it now?» des Centre for British Studies der HU Berlin, und der Kolloquien in Göttingen bei Simon Franzmann, in Bonn bei Grit Straßenberger, in Hamburg bei Peter Niesen, in Frankfurt bei Sandra Seubert, Dirk Jörke und dem Graduiertenkolleg »Standards des Regierens« sowie schließlich auch an meiner aktuellen Wirkungsstätte in Münster. Jede Diskussion hat mich auf eigene Weise weitergebracht. Besondere Erwähnung verdienen schließlich Eva-Maria Schäfferle und Theresa Gerlach, die mir zu Teilen der vorliegenden Studie in früheren Stadien wertvolle Rückmeldungen gegeben haben, sowie Anna Boysen Carnicé und Theresa Haarmann, die mich in entscheidenden Phasen als studentische Hilfskräfte ganz praktisch unterstützt und so mitgeholfen haben, dass Habilitationsschrift und Veröffentlichung Realität wurden. Auch ihnen gilt deshalb ein großes Dankeschön.

Die Höhen und Tiefen, die die Arbeit an einem solchen Projekt begleiten, hätte ich schließlich nicht bewältigen können, ohne den Rückhalt meines Freundeskreises und meiner Familie. Pia Becker hat mich in Freiburg wie auch in Siegen mit Pragmatismus und Optimismus begleitet. Simon Hacker OP, Judith Gurr und ihre Familie, Joanna Meinel und Thomas Jänsch haben wertvolle Auszeiten ermöglicht. Besonderen Dank verdient zudem Ruth Bartholomä, für die vielfältige wissenschaftliche wie freundschaftliche Unterstützung durch das Auf und Ab der letzten Jahre. Über allem steht zugleich der Rückhalt meiner Familie. An sie geht deshalb der größte Dank. Sie haben nicht nur 2008 und 2014 Schottland mit mir entdeckt. Sie sorgen auch dafür, dass ich den Boden unter den Füßen behalte und die Welt und ihre Menschen nicht aus den Augen verliere. Sie machen mich so zu einer besseren Wissenschaftlerin.

Münster im März 2025

Anna Meine

Einleitung

Konflikte um Sezession und Unabhängigkeit werden weltweit ausgetragen. Sie reichen von den Unabhängigkeitsbestrebungen Québécois, über die teils kriegerischen Auseinandersetzungen um Eritrea, den Südsudan oder Bougainville bis zu den bleibenden Kontroversen um den Status Taiwans oder des Kosovo. Auch in demokratischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) fordern substaatliche bzw. nationale Bewegungen nicht nur mehr institutionelle Autonomie, beispielsweise für die Lombardei, das Baskenland oder Flandern, sondern auch den Status und die Anerkennung ihrer Regionen als unabhängige (europäische Mitglieds-)Staaten. Nach 2010, als das spanische Verfassungsgericht die Reform des katalanischen Autonomiestatuts von 2006 in bedeutenden Teilen für verfassungswidrig erklärte, folgten in Katalonien politische, juristische und punktuell gewaltsame Auseinandersetzungen, die ihren Höhepunkt mit dem illegalen Unabhängigkeitsreferendum von 2017 erreichten. Aktuell ist der Konflikt eingefroren, bleibt aber ungelöst (Kraus/Vergés Gifra 2017; Bossacoma/Nagel 2023). Diese Beispiele zeigen: Unabhängigkeit erfährt als institutionelles Leitprinzip auch, vielleicht gerade unter Bedingungen hoher Interdependenz im Kontext von Globalisierung und Europäisierung bleibende, wenn nicht gar zunehmende Unterstützung.

Im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland (UK) reagierte die britische¹ Regierung mit der Politik der Devolution Ende der 1990er-Jahre auf erstarkende Forderungen nach schottischer Autonomie. Nach den Wahlsiegen der Scottish National Party (SNP) 2007 und 2011 wurden Forderungen nach Unabhängigkeit – im 20. Jahrhundert eine Minderheitenmeinung – lauter. Die britische Regierung stimmte einem Referendum zu. Nach eingehender öffentlicher Debatte votierte die Mehrheit der Schott:innen am 18. September 2014 zu-

¹ Die Bezeichnungen der Institutionen des Vereinigten Königreichs sind oft umstritten. Im Folgenden wird auf das UK verwiesen, wenn es um den Staat insgesamt geht. In Ermangelung besserer Alternativen werden gesamtstaatliche Institutionen oder Entscheidungen als »britisch« bezeichnet, obwohl dies formal Nordirland nicht einschließt.

gunsten des Verbleibs im UK (z. B. McHarg et al. 2016; Keating 2017a). Nicht zuletzt aufgrund der Auseinandersetzungen rund um den Brexit, den britischen Austritt aus der EU, den die Mehrheit der schottischen Bevölkerung ablehnt, bleiben Debatten um Unabhängigkeit jedoch bis heute aktuell und die Kontroversen um die konstitutionelle Zukunft Schottlands ungelöst. Die Idee der Unabhängigkeit entwickelt weiterhin motivierende Kraft und prägt die politische Debatte.

Parallel konstatiert die politikwissenschaftliche Forschung zu europäischen Autonomie- und Unabhängigkeitsbewegungen, dass sich die Bedeutung von Unabhängigkeit gewandelt habe. Offen bleibt bisher allerdings, was Unabhängigkeit nun bedeutet. Politikwissenschaftliche Analysen, oft verortet in der Forschung zu *territorial politics*, diskutieren die Entstehung, Funktion und Entwicklung von Autonomie- und Unabhängigkeitsbewegungen sowie ihre Ziele, Chancen und Folgen. Dabei legen sie offen, dass Forderungen nach Unabhängigkeit in der Gegenwart nicht primär separatistisch geprägt sind bzw. auf eine klare Trennung zwischen souveränen Staaten hinauslaufen. Unterschiedliche Grade von Autonomie und Unabhängigkeit, Interdependenz und Union und damit unterschiedliche »konstitutionelle Zukunftsperspektiven« (Keating 2009a: 125; auch Brown Swan/McEwen 2021: 81 f.) sind Gegenstand der Auseinandersetzungen. Debatten um eine Transformation von Staatlichkeit und Souveränität schlagen sich auch in Unabhängigkeitsdebatten nieder. Sezession und Unabhängigkeit werden in Europa im Kontext komplexer Veränderungen des europäischen Mehrebenensystems und der Beziehungen zwischen substaatlichen Gemeinschaften, Staaten und europäischer Ebene verhandelt: »European integration has radically transformed the meaning and nature of independence, and with it the aims of parties seeking self-determination in a post-sovereign order.« (Hepburn 2010: 227; vgl. Keating 2017c: 1; Cetrà/Liñeira 2018) Ins Bild passt, dass substaatliche Mobilisierung besonders dort stark ist, wo mit legislativen Kompetenzen ausgestattete Regionen zwar Adressaten europäischer Entscheidungen sind, allerdings selbst kaum Einfluss auf diese Entscheidungen haben, wie es in dezentralisierten, aber eben nicht föderalen Staaten wie Spanien und dem UK der Fall ist (Kaiser 2022: 4 f.). Mit Unabhängigkeit wird parallel die Einbindung der angestrebten Staaten in unterschiedliche Unionen, nicht zuletzt die EU, verhandelt. Das Schlagwort »Independence in Europe« (vgl. Connolly 2013) bringt dies zum Ausdruck. Doch wenn Unabhängigkeit und Integration bzw. Union keine klaren Alternativen (mehr) bilden, stellen sich Fragen nach der Bedeutung von Unabhängigkeit.

Diese Fragen folgen auch aus Ambivalenzen, die die Bestrebungen substaatlicher Akteur:innen kennzeichnen: Einerseits erheben regionale Akteur:innen, wo sie mit Unabhängigkeit zugleich Staatlichkeit einfordern, Ansprüche, die zwar mit bestehenden Staaten brechen, der politischen Form souveräner Staatlichkeit

aber verbunden bleiben (Mancini 2012: 481 f.). Andererseits loten substaatliche Akteur:innen in Autonomie- und Unabhängigkeitsbewegungen, gerade im europäischen Kontext, neue Handlungsfelder aus und definieren ihre Ziele und eben auch Unabhängigkeit neu (Tierney 2005; 2015). Ob ein gewandeltes Verständnis von Unabhängigkeit in einer Mehrebenenordnung an die politische Form des (National-)Staates gebunden bleibt oder ob alternative institutionelle Konstellationen möglich sind und überzeugen, bleibt so ebenfalls eine offene Frage (Mancini 2012: 493 ff.). Doch es sind nicht nur Fragen konkreter institutioneller Konsequenzen, die zur Debatte stehen. Die Bedeutung von Unabhängigkeit selbst bleibt ungeklärt. Vor diesem Hintergrund fragt die vorliegende Studie nach der Bedeutung und Überzeugungskraft politischer Unabhängigkeit als institutionellem Leitprinzip.

Der Stellenwert des europäischen Kontexts in Debatten um institutionelle Autonomie und Unabhängigkeit zeigt zugleich, dass politische Unabhängigkeit nicht nur mit Blick auf einzelne Staaten verhandelt wird, sondern dass ihre Bedeutung im Kontext internationaler, europäischer und globaler Veränderungen ausgehandelt wird. Globalisierung und auch Europäisierung bringen einen Wandel der räumlichen und zeitlichen Bedingungen sozialen Lebens sowie politischer Ordnungen und Praktiken mit sich (vgl. Scheurman 2023). So gerät auch die »westfälische Kartierung politischer Räume« (Fraser 2009: 4)² als exklusiver und souveräner territorialer (National-)Staaten unter Druck.³ Dies heißt nicht, dass Staaten keine Bedeutung mehr haben. Staaten bleiben zentrale Akteure. Aber staatliche politische Räume bilden keine homogenen, präzise separierten Einheiten, innerhalb derer politische Herrschaft mit exklusiver und ungeteilter Souveränität ausgestattet ist, zwischen denen politische Einmischung ausbleibt und ober- bzw. unterhalb derer keine anderen Formen politischer Herrschaft existieren (Fraser 2009: 1 ff.; vgl. Ruggie 1993; Walker 2020: 394). Angesichts von Interdependenzen und Integration jenseits des Staates bedürfen auch

2 Alle Übersetzungen wurden von der Autorin (A.M.) selbst vorgenommen.

3 Die sogenannte »westfälische« Konstellation, benannt nach dem Westfälischen Frieden von 1648, ist gekennzeichnet durch ein Nebeneinander territorialer Nationalstaaten als zentraler Akteure des internationalen Staatensystems, denen keine höhere Instanz übergeordnet ist. Als historische Tatsache gilt die sogenannte »westfälische Ordnung« inzwischen als Mythos. Durchgesetzt haben sich die Prinzipien der territorialen und absoluten Souveränität, der souveränen Gleichheit und Nicht-Einmischung, so Osiannder (2001: 264 ff., 281 ff.), erst infolge der Französischen Revolution und der Industrialisierung und vor allem durch die Historiografie des 19. und die Literatur der Internationalen Beziehungen des 20. Jahrhunderts (vgl. Hayman/Williams 2006: 522 f.). Auch wenn die historische Referenz somit verzerrt ist, bildet die mit dem Attribut »westfälisch« versehene Konstellation in Debatten um Souveränität und Ordnungsbildung eine zentrale Folie für gegenwärtige Wandlungsprozesse (z. B. Kalmó/Skinner 2010: 11 f.). Die Bezeichnung »westfälisch« wird auch deshalb im Folgenden weiterverwendet, im Bewusstsein ihrer Grenzen allerdings mit Anführungszeichen versehen.

Grundprinzipien politischer Ordnungsbildung somit immer wieder erneuter Diskussion, Begründung und gegebenenfalls Anpassung.

Interdependenz wird in dieser Studie im Sinne der wechselseitigen Abhängigkeit verstanden. Sie impliziert, dass durch Interaktionen bzw. durch das Handeln eines Akteurs bzw. einer Akteurin für andere Akteur:innen unerwünschte Auswirkungen bzw. Kosten entstehen, und umgekehrt (vgl. Zangl 2010: 416). Interdependenz in diesem allgemeinen Sinn bildet dabei einerseits eine Grundlage von Institutionen- sowie Ordnungsbildung. Andererseits stellen zwischenstaatliche, transnationale und auch globale Interdependenzen bzw. das komplexe Geflecht von Interdependenzen, das seit den 1970er-Jahren thematisiert wird (Keohane/Nye 2012[1977]; dazu Spindler 2010: 103 ff.), Herausforderungen für Ordnungsbildung im Allgemeinen und für Konzeptionen staatlicher Souveränität im Besonderen dar. Interdependenz wird in dieser Studie zugleich nicht allein als externe Bedingung oder gar als Problem für zwischenstaatliche Beziehungen verstanden (vgl. Schimmelfennig 2017: 92 ff.). Interdependenzen betreffen erstens politische Ordnungen, aber auch Individuen, Gruppen bzw. Kollektive. Zweitens gilt es, neben variierenden ökonomischen, kulturellen, sozialen, technischen und ökologischen Interdependenzen, die transnationale, regionale, zwischenstaatliche, aber auch globale Form annehmen können, insbesondere politisch-institutionelle Interdependenzen als Interdependenzen zu berücksichtigen, die durch politische Institutionen verstetigt, geschaffen bzw. geprägt werden. Dann ist drittens ist zu beachten, dass politische Entscheidungen, staatliches Handeln und nicht zuletzt politische Institutionen auch jenseits des Staates nicht nur auf externe Interdependenzen reagieren und diese verwalten, sondern selbst Faktoren sind, die Interdependenzen verstetigen, gestalten und oft auch intensivieren bzw. vertiefen (Spindler 2010: 121 ff.). Insgesamt wird somit Autor:innen recht gegeben, die argumentieren, die durch Denationalisierung und neue Strukturen der Global oder Multi-Level Governance geprägte Welt habe sich über klassische Verständnisse von Interdependenz hinaus entwickelt (Slaughter 2004: 187; Zürn 2013).

Letzteres verweist auf den Zusammenhang von Interdependenz und Integration: Interdependenz ist einerseits Bedingung, Grundlage und Antrieb von Integration sowohl von Staaten als auch jenseits des Staates und nicht zuletzt im Rahmen der EU (Schimmelfennig/Leuffen/Rittberger 2015: 770 ff.). Prozesse der Integration verstärken zudem sowohl ökonomische und soziale als auch politisch-institutionelle Interdependenzen. Integration wird in dieser Studie, wenn nicht genauer spezifiziert, als Prozess der »Entstehung oder Herstellung einer Einheit oder Ganzheit aus einzelnen Elementen« (Nohlen 2010: 412) verstanden. Sie führt zu politischen Institutionen, Unionen bzw. Ordnungen, die neue Formen von Handlungsfähigkeit schaffen bzw. als Einheiten betrachtet werden können. Dass diese Prozesse weder linear verlaufen müssen noch ein fi-

xes Ergebnis haben, zeigen die europäische Integration bzw. die politische Form der EU. Dennoch provoziert Integration jenseits des Staates noch grundlegender als steigende Interdependenzen die Frage, was Unabhängigkeit (noch) bedeuten kann.

In den letzten Jahren wird aber auch ein gegenläufiger Wandel konstatiert, für den paradigmatisch der Brexit als Form der Desintegration steht. Beobachtet wird ein Wiedererstarken der Ideen von Staatlichkeit und Souveränität. Klassische Konzeptionen von Unabhängigkeit aufzugeben, scheint so verfrüht. Doch die Situation ist komplex, gerade in Europa: Einerseits wird in der jüngeren Vergangenheit, forciert zusätzlich durch den Brexit, vor allem die zwischenstaatliche Dimension der EU betont. In diesem Kontext scheinen die Bemühungen substaatlicher Autonomie- und Unabhängigkeitsbewegungen kaum anders als durch souveräne Staatlichkeit verwirklicht werden zu können (Tierney 2015: 67 ff.; Kraus 2017: 104 ff.). Andererseits bedeutet dies aber nicht automatisch einen Rückfall in die ›westfälische‹ Konstellation. Der europäische Horizont wird nicht irrelevant. Der Brexit zeigt die wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen, die mit der Abkehr von Integration und Union verbunden sind. Die regionalen Unabhängigkeitsbewegungen passen ihrerseits ihre Ziele an, bleiben aber, gerade in Schottland, der europäischen Integration und auch alternativen Konzeptionen von Souveränität verpflichtet. Im doppelten Kontext von Debatten um die Zukunft der EU und ihrer Mitgliedstaaten zeigt sich sowohl die motivierende Kraft der Idee der Unabhängigkeit als auch die Tatsache, dass ihre Bedeutung und ihre institutionellen Konsequenzen umstritten, ja umkämpft sind (z. B. Closa 2017a). Letzteres bestätigen auch aktuelle Diskussionen um Interdependenzen, die als politische Waffe eingesetzt werden (*weaponized interdependence*, Farrell/Newman 2019) – wobei die Frage berechtigt ist, ob hier Interdependenzen oder doch neue Abhängigkeiten politisch forciert und instrumentalisiert werden. Im Spannungsfeld von Interdependenzen, Integration und Union einerseits und der Renaissance von Ansprüchen auf staatliche Souveränität bleiben sowohl die Bedeutung als auch die gegenwärtige und zukünftige Tragfähigkeit von Unabhängigkeit als Leitprinzip politischer Ordnungsbildung ein Gegenstand grundlegender Kontroversen.

Im doppelten Kontext der aktuellen politischen Auseinandersetzungen um Unabhängigkeit in Europa sowie der Debatten um die theoretischen Grundlagen und institutionellen Entwicklungsperspektiven politischer Ordnungsbildung im Staat und jenseits des Staates stellen sich somit politiktheoretische Fragen nach der Bedeutung und Begründung von Unabhängigkeit als politischem Grundbegriff und institutionellem Leitprinzip und nach ihren Verhältnissen zu bzw. ihrer Tragfähigkeit unter Bedingungen von Interdependenz, Integration und Union: Was bedeutet politische Unabhängigkeit? Wie ist das Streben nach Un-

abhängigkeit begründet? Und: Überzeugt politische Unabhängigkeit auch unter Bedingungen von Interdependenz und Integration weiterhin als institutionelles Leitprinzip?

Forschungsstand

Diese Fragen stellen sich auch deshalb, weil Arbeiten zu Begriff und Theorien der politischen Unabhängigkeit in der politiktheoretischen Forschung eine Leerstelle bilden. Eine ideengeschichtliche Ausnahme bietet Armitages (2007) Studie zur amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, in der er argumentiert, dass Unabhängigkeit schon Ende des 18. Jahrhunderts als neues Leitprinzip der internationalen Ordnung eine Reaktion auf zunehmende globale Interdependenzen darstellte. Während politiktheoretische Arbeiten zu politischer Unabhängigkeit in der Gegenwart fehlen, bieten Debatten zur (1) Rechtfertigung von Sezession sowie zu (2) Selbstbestimmung und (3) Souveränität ihrerseits Erkenntnisse zu verwandten Problemstellungen und verweisen auch auf relevante Dimensionen, die die theoretische Auseinandersetzung mit Unabhängigkeit berücksichtigen muss. Aufgrund ihrer komplementären Lücken legen sie zugleich eine systematische Auseinandersetzung mit politischer Unabhängigkeit ebenfalls nahe.

(1) Sezession lässt sich definieren als: »The withdrawal of territory (colonial or non-colonial) from part of an existing state to create a new state.« (Anderson 2013: 344) Während die Bezeichnung von Dekolonisierung als Sezession umstritten ist (Pavković/Radan 2016: 1 ff.), gilt die Gründung eines neuen Staates als zentral. Empirische Studien zu innerstaatlichen und internationalen Strategien der Sezession und Staatsgründung greifen dies auf (z. B. Roeder 2007; Griffiths 2021). Prozesse der Sezession nehmen zugleich unterschiedliche Formen an und sind in der Regel umstritten.⁴ Hier setzt auch die politiktheoretische Forschung an.

Die einschlägige politiktheoretische bzw. -philosophische Debatte thematisiert die Grundlagen und die Legitimität von Sezessionsansprüchen, genauer eines unilateralen Rechts auf Sezession. Verhandelt wird, ob ein solches Recht allein zur Abhilfe gegen oder losgelöst von gravierenden Ungerechtigkeiten begründet ist und ob es zum Schutz individueller Rechte und Freiheiten oder zur Verwirklichung kollektiver, nationaler oder demokratischer Selbstbestimmung dient. Eine erste Gruppe von Antworten bilden Theorien des Notwehrrechts, die Sezession nur zur Abwehr gravierender Verletzungen individueller Menschenrechte als

⁴ Sezession ist oft negativ, Unabhängigkeit dagegen positiv konnotiert. Diese Studie nimmt von einer derartigen Unterscheidung Abstand. Unabhängigkeit bezeichnet hier den Status von Staaten bzw. politischen Ordnungen. Sezession ist der Prozess, der zu neuen Staaten führt – und der als legitim oder aber illegitim bewertet werden kann.

legitim betrachten (z. B. Buchanan 1997; 2003). Theorien nationaler Selbstbestimmung (z. B. Miller 2000: Kap. 7) sowie Theorien des plebiszitären Primärrechts demokratisch selbstbestimmter Kollektive (z. B. Wellmann 2005) betrachten Sezession dagegen als Primärrecht.⁵ In jüngerer Zeit ist eine Tendenz weg von idealer Theoriebildung zu beobachten, die realistische statt moralischer Zugänge zu Fragen der Sezession einfordert (Sanjaume 2020). Parallel werden zunehmend Kombinationen der skizzierten Theorietypen vertreten (z. B. Bossacoma 2020). Andere Beiträge bauen darüber hinaus nicht primär auf liberalen bzw. liberal-nationalistischen Grundlagen auf, sondern sind im republikanischen Denken verwurzelt und verbinden Überlegungen zu Freiheit als Nicht-Beherrschung mit Fragen von Selbstbestimmung und Sezession (Fusco 2016; Oldenbourg 2019).

In der Diskussion der unterschiedlichen Formen und Begründungen des Rechts auf Sezession deutet sich an, dass Fragen von Unabhängigkeit mehrdimensional sind. Sowohl die zentralen Akteure als auch die zugrunde liegenden Ziele werden kontrovers diskutiert. Auffällig ist allerdings, dass die Form der angestrebten politischen Ordnungen kaum zur Debatte steht: Sezession wird, oft stillschweigend, mit souveräner und unabhängiger Staatlichkeit identifiziert. Nur wenige, oft jüngere Beiträge erweitern den Fokus und berücksichtigen auch Forderungen nach Autonomie oder Sezession in komplexeren institutionellen Konstellationen – im Kontext föderaler und multinationaler Demokratien bzw. im europäischen Mehrebenensystem (Bauböck 2000; 2019; Oldenbourg 2017; 2019; auch Tully 2008). Diese Beiträge bieten Anknüpfungspunkte für weitere Forschung. Vor allem Bauböck (2019) macht die Bedeutung umfassenderer Mehrebenenordnungen für Fragen der Sezession deutlich. Er versteht Sezessionsforderungen als Forderungen nach einem geänderten institutionellen Status in einer politischen Mehrebenen-Konstellation: »[I]n a multilevel perspective, secession is understood as a move to change the status or affiliation of a territory within a wider constellation of polities.« (Bauböck 2019: 230) Diese Einsicht ist zentral. Wo Unabhängigkeitsforderungen laut werden, verändern sich nicht nur der bisherige Staat und die nach Unabhängigkeit strebende Region, sondern die politische Mehrebenenordnung insgesamt. Die auf den Brexit folgende Diskussion um die Parallelen und Unterschiede zwischen (klassischer) Sezession von einem Mitgliedstaat innerhalb der EU und Sezession von der EU schließt hier an (z. B. Closa 2017a; Patberg 2020b). Auch in der jüngeren theoretischen Debatte um Sezession bleiben der Begriff der politischen Unabhängigkeit und das Verhältnis zu seinen Nachbar- und Gegenbegriffen jedoch weiterhin untertheoretisiert. Die Aufgabe, die Bedeutung von Unabhängigkeit zu bestimmen sowie

⁵ Siehe für Übersichtsdarstellungen Buchanan und Levinson (2021), Dietrich (2010) sowie Oldenbourg (2019: 18 ff.) bzw. für Sammelbände aus der frühen Phase der Debatte Lehning (1998) und Moore (1998).

ihre Konsequenzen für Ordnungsbildung zu prüfen, bleibt bestehen. Dabei sind auch Debatten um Souveränität und Selbstbestimmung zentral.

(2) Selbstbestimmung, oft explizit Begründung und Ziel politischer Unabhängigkeitsbewegungen, verspricht, den Wert politischer Unabhängigkeit zu fassen. Selbstbestimmung ist dabei einerseits als Prinzip des Völkerrechts relevant. Debattiert werden hier das Verhältnis des Rechts auf Selbstbestimmung zu staatlicher Souveränität und territorialer Integrität sowie die Frage, wer völkerrechtlich unter welchen Bedingungen ein Recht auf interne oder aber externe Selbstbestimmung geltend machen kann (z. B. Mancini 2012: 487 ff.; vgl. Koskeniemi 1994; Cassese 1995; Dietrich 2010: Kap. 2). Andererseits haben politiktheoretische Debatten um kollektive Selbstbestimmung als politischen Grundbegriff und als normative Grundlage politischer Ordnungsbildung in den letzten Jahren eine eigene Dynamik entfaltet. Mit Blick auf Dekolonisierung und Unabhängigkeitsbewegungen, aber auch auf territoriale Rechte werden Verständnisse nationaler bzw. politischer Selbstbestimmung und insbesondere das Verhältnis von individueller Freiheit und kollektiver Selbstbestimmung verhandelt (z. B. Ypi 2013; Moore 2015; Stilz 2015; 2019; Getachew 2019; Miller 2020). Grundlegende Diskussionen betreffen die Frage, welche Gruppen einen Anspruch oder ein Recht auf Selbstbestimmung geltend machen kann. Punktuell steht zudem zur Debatte, welche Bedeutung politische Ordnungen bzw. demokratische Strukturen für Selbstbestimmung haben. Diese Debatten bieten einen Zugang zu Zielen, die mit politischer Unabhängigkeit verbunden werden. Allerdings bleibt zu klären, in welcher Beziehung Unabhängigkeit als institutionelles Leitprinzip zu Selbstbestimmung steht.

Diese Aufgabe stellt sich auch, insofern in einem weiteren Strang theoretischer Auseinandersetzung demokratische Selbstbestimmung von staatlichen Kontexten gelöst und sowohl staatliche als auch nicht-staatliche Formen demokratischer Selbstbestimmung verhandelt werden.⁶ Das Verhältnis von demokratischer Selbstbestimmung zu Staatlichkeit und Souveränität steht nicht zuletzt im Kontext der europäischen Integration zur Debatte. Gerade auch im deutschsprachigen Raum wird es paradigmatisch anhand des Verhältnisses von Volks- und Staatssouveränität debattiert, deren Verbindung manche als notwendig betrachten (Grimm 2009; 2016; Bellamy 2019), andere hinterfragen (Habermas 2011). Analysen, die in dieser Frage sowohl staatliche und internatio-

⁶ Die Literatur zu demokratischer Selbstbestimmung jenseits des Staates ist extensiv (Meine/Rüland 2022; Meine 2012, 2020; Niederberger 2016). Skeptische, nationale oder kommunitaristische Stimmen (Miller 2009; Kymlicka 1999) konkurrieren mit liberalen oder republikanischen internationalistischen (Rawls 2003; Pettit 2010a; Laborde/Ronzoni 2016) bzw. kosmopolitischen Positionen (Held 2010; Habermas 2009; Bohman 2007).

nale als auch substaatliche Kontexte berücksichtigen, stehen jedoch weitgehend aus. Zugleich wird die Bedeutung politischer Unabhängigkeit auch in den Debatten um Selbstbestimmung jenseits des Staates selten explizit reflektiert. Sie wird vielmehr von Verteidiger:innen staatlicher Demokratien meist vorausgesetzt (z. B. Dahl 1999; Miller 2009) oder von Befürworter:innen anderer Formen demokratischer Selbstbestimmung stillschweigend verabschiedet (Held 2010; Bohman 2007). Eine gewisse Ausnahme bilden (neo-)republikanische Beiträge, die anhand der Konzeption freier Staatlichkeit den institutionellen Rahmen demokratischer Selbstbestimmung und die Konsequenzen für die internationale Ordnung ausloten (Laborde/Ronzoni 2016; Pettit 2010a).

(3) Parallel thematisieren aktuelle Debatten um Souveränität im Kontext von Globalisierung und europäischer Integration Herausforderungen dieses »Welt-sicht-konzipierende[n] politische[n] Konzept[s]« (Volk 2014: 135). Zur Debatte stehen aus rechts- wie politikwissenschaftlichen Perspektiven die empirische, konzeptuelle und normative Überzeugungskraft und Tragfähigkeit von staatlicher Souveränität bzw. ihrer unterschiedlichen Lesarten. Diskussionen um neue Formen beispielsweise desaggregierter (Slaughter 2004), relationaler (Cohen 2012) oder später (Walker 2003) Souveränität bzw. Postsouveränität (MacCormick 1999) thematisieren Verschiebungen des Souveränitätsbegriffs (vgl. Philpott 2020; Geenens 2016; Kalmo/Skinner 2010). Andere Beiträge stellen Souveränität als politischen Grundbegriff grundsätzlich zur Disposition (Volk 2014). Entgegen den Kritiken der letzten Jahrzehnte lassen sich aber auch Beharrungskräfte, gegebenenfalls gar eine Renaissance klassischer Souveränitätsbegriffe beobachten (z. B. Grimm 2009; Bellamy 2019; Bickerton et al. 2022).

In der Regel wird in diesen Debatten eine enge Beziehung, wenn nicht gar die Identität von Souveränität und Unabhängigkeit vorausgesetzt, ohne dass ihr Verhältnis explizit thematisiert würde. Insofern die Bedeutung von Unabhängigkeit und ihr Verhältnis zu Interdependenz und Union in einem Kontext zur Diskussion stehen, der durch die Transformation von Staatlichkeit und Souveränität geprägt wird, ist davon auszugehen, dass die Debatten um Souveränität Verständnisse von Unabhängigkeit im Kern berühren. Zugleich deuten die zuvor skizzierten Debatten um Sezession und Selbstbestimmung darauf hin, dass Unabhängigkeit nicht allein aus der Perspektive der Souveränität verstanden werden kann und sollte. Die systematische Bedeutung von Souveränität und ihrer Veränderungen für das institutionelle Leitprinzip der politischen Unabhängigkeit muss expliziter thematisiert werden.

Fragen und Ziele

Die skizzierten Stränge aktueller Forschung zeigen fruchtbare Perspektiven, weisen aber auch komplementäre Lücken auf, in deren Zentrum die Bedeutung von Unabhängigkeit, ihre institutionellen Konsequenzen sowie ihre Überzeugungskraft als institutionelles Leitprinzip stehen. Vor diesem Hintergrund lassen sich die Fragestellungen dieser Studie konkretisieren:

Erstens ist grundlegend zu klären, was Unabhängigkeit bedeutet. Ihre zentralen Bausteine, Inhalte und Begründungen sind zu erfassen und unterschiedliche Theorien politischer Unabhängigkeit systematisch zu diskutieren und zu prüfen. Teil der Antwort, das deutet schon der Forschungsstand an, muss dabei auch sein, die Verhältnisse von Unabhängigkeit zu Selbstbestimmung und Souveränität, aber auch zu Freiheit zu klären. Ziel ist eine systematische und gegenwartsbezogene theoretische Bestimmung politischer Unabhängigkeit, die sowohl aktuelle Debatten um Unabhängigkeit im europäischen Kontext ernst nimmt als auch dem Stand aktueller politiktheoretischer Debatten gerecht wird.

Daran schließt zweitens die Frage an, ob Unabhängigkeit unter Bedingungen von Interdependenz und im Kontext von Unionen nicht nur empirisch beständig ist, sondern auch als theoretisch-fundiertes Leitprinzip für politische Ordnungsbildung weiterhin überzeugen kann. Auszuloten sind, nicht zuletzt angesichts der aktuell variierenden Verständnisse von Unabhängigkeit, die institutionellen Voraussetzungen wie Konsequenzen von Unabhängigkeit für politische Ordnungsbildung. Parallel sind die Verhältnisse von Unabhängigkeit zu institutioneller Autonomie⁷, Interdependenz und Union zu klären. So lassen sich Konsequenzen für regionale Unabhängigkeitsbestrebungen, aber auch für Beziehungen zwischen substaatlichen Regionen und Staaten sowie Unionen herausarbeiten.

Schließlich stellt sich die weiterführende Frage nach den Konsequenzen dieser Überlegungen für politische Ordnungsbildung unter Bedingungen von Globalisierung und europäischer Integration im Allgemeinen. Welche Formen und Konstellationen unabhängiger Ordnungen sind denkbar, möglich und legitim? Diese Frage erstreckt sich auf die Möglichkeiten, die Grenzen und die Gestaltung von Konstellationen bzw. Unionen pluraler Ordnungen und somit auf Entwicklungsperspektiven nicht zuletzt für die europäische Mehrebenenordnung, die Regionen, Staaten und europäische Institutionen umfasst.

⁷ Es ist zu beachten, dass der Begriff der Autonomie im Kontext der Unabhängigkeitsdebatten zwei unterschiedliche Bedeutungen hat. Er verweist einerseits auf institutionelle Autonomie, beispielsweise substaatlicher Regionen, die im Vergleich zu Unabhängigkeit begrenzt ist. Andererseits wird Autonomie im Verlauf der Studie als Verständnis von Freiheit auch für die Bedeutung von Unabhängigkeit relevant. Wo nicht aus dem Kontext hervorgeht, welche Variante gemeint ist, wird dies gekennzeichnet.

Schon die bisherigen Überlegungen deuten an, dass die Idee der Unabhängigkeit unterschiedliche konzeptuelle Dimensionen umfasst und unterschiedliche Ebenen politischer Ordnungsbildung betrifft. Fragen nach dem Verhältnis von Unabhängigkeit und Union richten den Blick zudem auf die Beziehungen zwischen einzelnen Ordnungen und der institutionellen Konstellation, in der sie verortet sind, zwischen Teil- und Gesamtordnung. Eine zentrale Herausforderung für die folgende Analyse ist es folglich, diese Mehrdimensionalität ernst zu nehmen und angemessen zu reflektieren. Eine Prämisse dieser Studie ist dabei, dass Fragen politischer Ordnungsbildung, gerade unter gegenwärtigen Bedingungen von Interdependenz und Integration, nicht überzeugend mit Blick auf einzelne Ordnungen allein beantwortet werden können. Vielmehr muss es darum gehen, sowohl einzelne Ordnungen als auch die Konstellationen, in die diese eingebunden sind, in ihrem Zusammenspiel zu verstehen (vgl. Meine 2016; 2020).

Fallbezug: Debatten um schottische Unabhängigkeit

Jüngere Debatten um politische Unabhängigkeit in Europa bilden einen fruchtbaren Ausgangspunkt dafür, die skizzierten Fragen zu beantworten. Wie Oldenbourg (2019: 14) darlegt, stehen in Sezessionskonflikten nicht nur die Grenzen konkreter politischer Ordnungen und Gemeinschaften zur Diskussion. Sie bilden einen Grenzfall der Problematisierung politischer Ordnungen. Auseinandersetzungen um Unabhängigkeit thematisieren so die Grundlagen politischer Ordnungsbildung und betreffen, gerade im europäischen Kontext, nicht nur die Frage nach der Konstitution der konkreten politischen Ordnung, in der sie erhoben werden, sondern auch den Status von und die Beziehungen zwischen unterschiedlichen politischen Ordnungen und Ebenen. Aktuelle Unabhängigkeitsbewegungen stellen somit einen Grenzfall dar, der eine Herausforderung, aber auch fruchtbare Ansatzpunkte für politiktheoretische Grundlagenforschung bietet.

Als zentraler empirischer Referenzpunkt dienen im Folgenden die Auseinandersetzungen um schottische Unabhängigkeit und die Zukunft des UK zwischen 2012 und 2022, die ihren bisherigen Höhepunkt in den Debatten rund um das Unabhängigkeitsreferendum am 18. September 2014 erreichten, die aber auch nach dem Brexit-Referendum 2016 aktuell bleiben. Der primär untersuchte Zeitraum erstreckt sich somit vom Edinburgh Agreement 2012 bis zum Urteil des UK Supreme Court zu einem zweiten schottischen Unabhängigkeitsreferendum 2022. Diese Entwicklungen werden zugleich in ihrer historischen Genese betrachtet. Der schottische Fall eignet sich dabei aus einer Reihe von Gründen als Ausgangspunkt für eine theoretische Rekonstruktion: Erstens haben die Debatten um die Stellung Schottlands im UK und in der EU konzeptuelle Tiefe, weil die Beziehungen zwischen Schottland und England bzw. UK historisch immer wieder Gegen-

stand politischer und theoretischer Auseinandersetzungen waren und bis heute sind (Kidd 2008; Kelly 2024). Argumentationsstränge für und gegen die schottische Unabhängigkeit haben sich seit den Acts of Union 1707 parallel zur Entwicklung des UK und im 20. Jahrhundert auch parallel zur europäischen Integration entwickelt. Diese Debatten bieten sich zweitens als Ausgangspunkt für Debatten um Ordnungsbildung unter Bedingungen von Interdependenz und Integration an, weil sich Fragen von Unabhängigkeit und Union auf gleich mehreren Ebenen stellen. So stehen Vorstellungen von schottischer Autonomie und Unabhängigkeit im britischen wie im europäischen Kontext – und damit innerhalb zweier politischer Kontexte, in denen komplexe und zum Teil verflochtene Verständnisse von Unabhängigkeit und Union auf unterschiedlichen politischen Ebenen verhandelt werden (z. B. Keating 2015). Der Austritt des UK aus der EU ändert daran grundsätzlich nichts, lässt die Debatte um die schottische Unabhängigkeit vielmehr in einer neuen institutionellen Konstellation weiterschweben. Drittens tragen die Tatsachen, dass die britische Verfassung nicht kodifiziert ist und das UK eine demokratische Ordnung bildet, in der das Streben nach Unabhängigkeit als legitimes politisches Ziel akzeptiert ist, dazu bei, dass alle Teilnehmenden an der Debatte begründungspflichtig sind und die politischen Kontroversen um Union und Unabhängigkeit offen und umfassend in der politischen Arena ausgetragen werden. Weder sind, im Unterschied zu Katalonien (z. B. Bossacoma/Nagel 2023: 199 ff.), spezifische Optionen verfassungsrechtlich ausgeschlossen noch werden diese Kontroversen vor allem juristisch ausgetragen. Parallel wird Unabhängigkeit im UK nicht zur Abwehr einer schweren Notlage bzw. drastischer Formen illegitimer Herrschaft angestrebt. So werden Bedeutung und Konsequenzen von Unabhängigkeit Gegenstand umfassender, lebhafter und grundlegender politischer Debatten. Dabei zeigen sich vielfältige Facetten der Konzeption und Begründung von Unabhängigkeit, die Fragen nationaler Identität oder wirtschaftlichen Wohlstands genauso umfassen wie Fragen politischer Kultur, demokratischer Institutionen und Prozesse und staatlicher bzw. politischer Handlungsfähigkeit in Europa und weltweit (z. B. McHarg et al. 2016; Keating 2017a).

Die Debatten um Devolution und die Unabhängigkeit Schottlands liefern entsprechend wertvolles Material, um die theoretischen Grundlagen der politischen Debatten, insbesondere Konzeptionen von Unabhängigkeit und Union sowie Verständnisse politischer Ordnungen, ihres Status und ihrer Beziehungen zueinander herauszuarbeiten, aber auch um weiterführende theoretische Überlegungen mit dem empirischen Fall zu konfrontieren. Im Zuge dessen liefert diese Studie eine systematische Analyse der institutionellen und konzeptuellen Debatten um die konstitutionelle Zukunft Schottlands und des UK (siehe insbesondere Teil I). Das vorrangige Ziel dieser Studie bleibt zugleich ein politiktheoretisches. Es geht darum, Bedeutung und Begründung von Unabhängigkeit theoretisch zu er-

fassen, ihre Rolle und Überzeugungskraft als institutionelles Leitprinzip politiktheoretisch zu prüfen sowie grundlegende institutionelle bzw. konstitutionelle Konsequenzen zu skizzieren.

Methodologische Überlegungen, methodische Herangehensweise

Die folgende Studie folgt der Logik einer mehrstufigen Rekonstruktion und macht dabei Anleihen bei Habermas' Methode rationaler Rekonstruktion (z. B. Habermas 1992: 3, 151 ff.; genauer Gaus 2013; Patberg 2013) und Ahlhaus' (2021) Vorschlag pluraler Rekonstruktion. Unabhängigkeit wird so als Begriff mit praktischem Gehalt untersucht, der als institutionelles Leitprinzip politische Praxis prägt. Ein rekonstruktives Vorgehen empfiehlt sich dabei, insofern politische Ordnungen gegenwärtig Gegenstand von Wandlungsprozessen sind und Bedeutungen der ihnen zugrunde liegenden Normen wie auch ihrer Institutionen in diesem Kontext erneut verhandelt werden. Denn:

»[R]ationale Rekonstruktion [ist] in der Analyse politischer Praxis insbesondere dann nötig, wenn der institutionell geregelte Kontext politischen Handelns prekär ist. Unter diesen Umständen nimmt die Bedeutung von Rechtfertigungsprozessen als konstruktives Element von Politik entsprechend zu.« (Gaus 2013: 249)

Rationale und plurale Rekonstruktion bieten Zugänge, um politische Interaktionen und Rechtfertigungsmuster in sich verändernden institutionellen Kontexten zu erfassen. Aspekte rationaler und pluraler Rekonstruktion zu einem mehrstufigen rekonstruktiven Vorgehen zu verknüpfen, ermöglicht zudem, realitätsangemessene Verständnisse von Unabhängigkeit als institutionellem Leitprinzip zu erarbeiten und ihre analytische und normative Tragfähigkeit und Überzeugungskraft zu prüfen.

Im Anschluss an Gaus (2013: 232, 250 f.) betrachte ich rationale Rekonstruktion als politiktheoretische Methode, die Anschluss sowohl an politikphilosophische und theoretische Arbeiten als auch an die empirisch-sozialwissenschaftliche Politikwissenschaft hält, auch wenn sie vor allem im Kontext der Gesellschaftskritik diskutiert wird (z. B. McCarthy 1982; Pedersen 2008; Iser 2017; vgl. Busen 2020: 77 ff.). Darauf aufbauend folge ich zudem Patbergs (2013: 88 ff.) integrativer Interpretation rationaler Rekonstruktion als Methodik mit einer empirisch-sozialwissenschaftlichen und einer theoretisch-normativen Dimension. Erstere Dimension verstehe ich als den Versuch, das implizite intuitive bzw. vorthoretische Wissen von Teilnehmenden an einer Praxis, genauer die impliziten, oft normativen, idealisierenden und manchmal auch kontrafaktischen Voraussetzungen, Unterstellungen und Annahmen (Präsuppositionen) zu identifizieren, die einer sozialen Praxis unterliegen und unter denen diese Praxis für die Teilnehmenden

überhaupt erst Sinn ergibt (Patberg 2013: 91 f.; 2018: 112 f.; Pedersen 2008: 462 ff.). Im ersten Schritt werden in der folgenden Studie entsprechend Annahmen, Überzeugungen und Vorstellungen herausgearbeitet, die die Verständnisse von Unabhängigkeit der Teilnehmenden an den Debatten in Schottland informieren bzw. auf deren Grundlage das Streben nach oder die Ablehnung von schottischer Unabhängigkeit für die Teilnehmenden Sinn ergeben. Insofern mein Interesse auf Unabhängigkeit als institutionelles Leitprinzip zielt, sind bei der Rekonstruktion sowohl die konzeptuellen Grundlagen von Unabhängigkeit als auch Vorstellungen zu ihren politischen und institutionellen Konsequenzen relevant. Die Rekonstruktion erfolgt mit theoretischem Erkenntnisinteresse, aber auch mit Bezug auf eine konkrete politisch-institutionelle Konstellation.

An die empirisch fundierte schließt die theoretische bzw. normative Dimension rationaler Rekonstruktion an. Der freigelegte Sinn von Institutionen oder Handlungen weist über den spezifischen Kontext eines konkreten Falls hinaus und kann deshalb potenziell als Grundlage für eine allgemeine Konzeption bzw. als normativer Maßstab für diese Praxis verwendet werden (Patberg 2013: 91 f.). Es geht somit im zweiten Teil dieser Studie darum, die Ergebnisse des ersten Teils der Rekonstruktion als theoretische Lesarten politischer Unabhängigkeit zu systematisieren sowie als Grundlage und Orientierungspunkte politischer Ordnungsbildung zu prüfen. So sie sich bewähren, lassen sie sich auch als kritische Maßstäbe an diese Praxis anlegen.⁸

Schon ein kursorischer Blick auf politische und akademische Auseinandersetzungen mit schottischer Unabhängigkeit zeigt zugleich Herausforderungen für eine allein rationale Rekonstruktion: Debatten um Unabhängigkeit sind durch Kontroversen geprägt, die nicht nur das Für und Wider von Unabhängigkeit in konkreten Fällen, sondern auch die Fragen betreffen, wie Unabhängigkeit begründet und gerechtfertigt wird, was sie bedeutet und welche institutionellen Folgen sie hat. Nicht nur fallen diese Fragen in den Bereich institutionalisierter und nicht basaler sozialer Praxis. Ziel kann entsprechend keine Rekonstruktion universeller »Gattungskompetenzen« wie beispielsweise der Verständigung sein, sondern vorrangig eine Explikation und Reflexion der Bedeutung sozialer Praktiken bzw. politischer Institutionen (vgl. Patberg 2013: 92; Gaus 2019: 374). Darüber hinaus ist auch der Idee, dass es eine beste Lesart dieser Praxis gibt,

⁸ Kritiker:innen werfen Habermas vor, dass er statt rekonstruktiver Analyse normative Theoriebildung betreibe (McCarthy 1982: 61 ff., Peters 1994: 119). Ich halte es, wie skizziert, für überzeugend, dass die Methode der rationalen Rekonstruktion als Methode der politischen Theorie einen »normativ-empirischen Doppelsinn« (Patberg 2013: 88) aufweist. Somit ist Peters' (1994: 127) Forderung nach einer klareren Trennung von empirischer Rekonstruktion und normativer Theoriebildung zu relativieren. Allerdings stimme ich ihm insofern zu, als eine Differenzierung und – im Verlauf – kontrollierte Verknüpfung zwischen beiden Dimensionen unverzichtbar ist.

mit Vorsicht zu begegnen. Unabhängigkeit ist als politischer ein umkämpfter Begriff (vgl. Freedon 1998: 55 f.; 2008: 212). Das Ziel, den einen rationalen Kern dieser Praxis zu identifizieren, ist entsprechend problematisch. Nicht nur ist der Begriff der Unabhängigkeit für unterschiedliche Lesarten offen. Darüber hinaus stellt sich die Frage dieser Studie gerade aufgrund von aktuellen Transformationsprozessen und eines potenziellen Bedeutungswandels von Unabhängigkeit. Die von Gaus und Patberg skizzierten Wege für die Prüfung der rekonstruierten Prinzipien, entweder Anzeichen historischer Lernprozesse zu suchen (Gaus 2013: 241 ff.) oder in Gedankenexperimenten Verständigungsprozesse unter fiktiven Teilnehmenden durchzuspielen (Patberg 2013: 90), überzeugen deshalb hier nicht.

Stattdessen verbinde ich rationale mit Elementen pluraler Rekonstruktion (Ahlhaus 2021) zu einem mehrstufigen rekonstruktiven Vorgehen. Plurale Rekonstruktion macht es sich zur Aufgabe, unterschiedliche Lesarten einer Praxis zu berücksichtigen und diese in einen produktiven Dialog zu stellen. Dies soll auch der Gefahr rationaler Rekonstruktion begegnen, neue oder umstrittene Verständnisse einer Praxis zugunsten etablierter Lesarten auszublenden (Ahlhaus 2021: 6 ff.). Die folgenden Anpassungen betreffen sowohl die eher sozialwissenschaftlich-erklärenden als auch die eher theoretisch-normativen Arbeitsschritte:

Im ersten Schritt der Rekonstruktion geht es darum, geteilte, aber auch umstrittene Annahmen und Präsuppositionen zu identifizieren, die unterschiedlichen Verständnissen von Unabhängigkeit bzw. dem Streben nach oder der Ablehnung von schottischer Unabhängigkeit unterliegen. Es gilt, unterschiedliche Lesarten systematisch zu berücksichtigen und systematisierend zu unterscheiden. Damit dies gelingt, ist der konkreten Rekonstruktion der impliziten Annahmen und normativen Idealisierungen, die einer Praxis unterliegen, ein Schritt vorzuschalten: Der institutionelle und politische Kontext der Debatte muss kartiert werden (Ahlhaus 2021: 11 ff.). Dies bedeutet, den politischen Kontext und institutionellen Rahmen sowie die Konstellation der Akteur:innen systematisch zu skizzieren, die die Auseinandersetzungen um Unabhängigkeit bzw. bleibende Integration und Union prägen. So werden unterschiedliche relevante Positionen und Perspektiven sichtbar und können ins Verhältnis zum Kontext sowie zueinander gestellt werden. In dieser Studie erfolgt diese Kartierung auf Grundlage einschlägiger wissenschaftlicher Literatur zu Entwicklung und institutioneller Struktur des UK, zu Devolution und zu den Auseinandersetzungen um den Status und die konstitutionelle Zukunft Schottlands.

Der erste Teil der rekonstruktiven Analyse beruht dann auf einer doppelten Grundlage. Sowohl hinsichtlich der schottischen Unabhängigkeitsdebatte (1.2) als auch hinsichtlich der folgenden Entwicklungen im Kontext des Brexits (1.3) werden wissenschaftliche Kommentare und Analysen der politischen Auseinan-

dersetzungen berücksichtigt, um Interpretationen abzusichern und einzuordnen. Insbesondere die zentrale Rekonstruktion der Konzeptionen von Unabhängigkeit in den Referendumsdebatten 2013/2014 erfolgt jedoch mittels Analysen eines Korpus zentraler Veröffentlichungen und Stellungnahmen unterschiedlicher Befürworter:innen und Gegner:innen der schottischen Unabhängigkeit, nicht zuletzt der prägenden Kampagnen bzw. der schottischen und britischen Regierungen. Gegenstand der Analyse sind bewusst öffentliche Dokumente und Stellungnahmen, die zentrale Referenzpunkte der Debatte darstellen und prägende Argumentationsmuster zum Ausdruck bringen. Der Fokus liegt somit auf dem öffentlichen Diskurs und die Arbeit mit diesem in sich pluralen Korpus von Quellen erlaubt, die zentralen, von Teilnehmenden an der Debatte geteilten oder aber kontroversen Präsuppositionen und Begründungsmuster des Strebens nach bzw. der Ablehnung von Unabhängigkeit sowie prägende Elemente unterschiedlicher Verständnisse von Unabhängigkeit herauszuarbeiten. Dazu werden diese Dokumente und Stellungnahmen hinsichtlich institutioneller Weichenstellungen und konzeptueller Bausteine, die Verständnisse von Unabhängigkeit auszeichnen, sowohl inhaltlich ausgewertet als auch Gegenstand hermeneutischer Interpretationen (Sigwart 2020; siehe auch 1.2). Nach der Diskussion der Entwicklungen infolge des Brexits, die sich ebenfalls auf die wissenschaftliche Begleitliteratur sowie auf Regierungsdokumente als Primärquellen stützt, werden die unterschiedlichen Bausteine distinkter Verständnisse von Unabhängigkeit in einem Zwischenfazit zueinander in Bezug gesetzt, systematisiert und so unterschiedliche Theorien politischer Unabhängigkeit identifiziert.

Im theoretischen Teil der Rekonstruktion gilt es dann, die pluralen, geteilten wie kontroversen Präsuppositionen sowie die mit ihnen verbundenen Lesarten als Theorien politischer Unabhängigkeit systematisch auszuarbeiten, zu prüfen und abzuwägen. Ich ziehe dazu Beiträge zu einschlägigen politiktheoretischen Debatten – darunter die Debatten um Sezession und Selbstbestimmung (insb. Kap. 3), um Souveränität (insb. Kap. 4) bzw. um (Volks-)Souveränität (Kap. 5) – heran, um Leerstellen in den zuvor identifizierten Theorien zu füllen. Dies ermöglicht zugleich, Spannung zwischen ihnen zu verorten, ihre Stärken und Schwächen zu identifizieren und auch schrittweise zwischen den Konzeptionen abzuwägen.

Bei der Prüfung und Abwägung zwischen den Theorien sind unterschiedliche Kriterien relevant (siehe auch 2.2). Grundlegend geht es zunächst um die innere Logik, die Konsistenz und Kohärenz der verschiedenen Theorien. Wie im Anschluss an den empirischen Teil der Rekonstruktion, der ein Verständnis von Unabhängigkeit als mehrdimensionalem und ebenenübergreifendem Verbundbegriff nahelegt, deutlich werden wird, spielen dabei zwei Aspekte eine besondere Rolle: Zum einen ist zu fragen, inwiefern die unterschiedlichen Bausteine

von Theorien politischer Unabhängigkeit, die sie jeweils prägenden Lesarten von Freiheit, Selbstbestimmung und Souveränität, passfähig sind und überzeugend verknüpft werden können. Zum anderen gilt es zu prüfen, ob bzw. inwiefern die identifizierten Theorien jeweils unterschiedliche analytische und politische Ebenen, nicht zuletzt Innen- und Außenpolitik, in Beziehung zueinander setzen bzw. ihr Wechselspiel konzipieren. Darüber hinaus bleibt der Anspruch bestehen, dass auch theoretische Argumentationen aus Perspektive von Teilnehmenden überzeugen können. Theorien politischer Unabhängigkeit, die aus theoretischer Beobachterperspektive begründet sind, aber aus Perspektive von Teilnehmenden an sozialen Praktiken kaum nachzuvollziehen sind, haben aus der hier eingenommenen Perspektive Schwächen.

Auf Grundlage dieser methodischen Anlage berücksichtigt die vorliegende Studie in normativer Hinsicht sowohl Urteile, die die Teilnehmenden an den untersuchten Debatten formulieren, als auch den normativen Gehalt, der den Grundbegriffen von Freiheit, Selbstbestimmung und Souveränität inhärent ist und der in der Theoriedebatte reflektiert wird. Während es nicht das primäre Ziel ist, eine als normativ allein überzeugende Theorie oder auch eine Diskurstheorie politischer Unabhängigkeit herauszuarbeiten, gilt es zudem dennoch, die Stärken und Schwächen der untersuchten Theorien auch in normativer Hinsicht zu prüfen. Dabei werden diskurstheoretische Überlegungen relevant. Sowohl im Hinblick auf die Analyse der politischen Auseinandersetzungen als auch im Kontext der theoretischen Diskussion gilt grundlegend kommunikative Rationalität, die möglichst überzeugende, intersubjektive Begründung der erhobenen Geltungsansprüche, als Standard (vgl. Busen 2020: 78 f.). Gesucht werden Positionen und Interpretationen, die in unterschiedlichen Kontexten intersubjektiv begründet bzw. mit tragfähigen Gründen akzeptiert werden können (vgl. Patberg 2018: 113 ff.; Ahlhaus 2021: 10 ff.). Das bedeutet nicht, dass sich eine Konzeption von Unabhängigkeit allein als kommunikativ rational erweisen wird. Es sind unterschiedliche Lesarten und auch substanzielle Bewertungen aus Perspektive von Teilnehmenden begründbar. Allerdings sind Lesarten, die in sich widersprüchlich bzw. spannungsreich sind, die auf Vorurteilen oder askriptiven Zuschreibungen beruhen, die nicht intersubjektiv begründet werden können oder sich der Kritik entziehen, aus dieser Perspektive nicht überzeugend – und werden auch derart kritisiert (vgl. Peters 1994: 107, 118). Wie gut sich Konzeptionen von Unabhängigkeit theoretisch-normativ bewähren können, zeigt sich somit anhand des Prüfsteins, inwiefern sie gegenüber unterschiedlichen Beteiligten an einer Praxis intersubjektiv begründbar sind.

In institutioneller Hinsicht steht darüber hinaus zur Diskussion, inwiefern die identifizierten Theorien in ihrer ausgearbeiteten Form unter Bedingungen der Interdependenz und Integration jeweils als tragfähige institutionelle Leit-

prinzipien überzeugen. Dabei geht es einerseits darum zu prüfen, inwiefern die theoretischen Perspektiven Bedingungen der Interdependenz als Grundlage, Kontext und auch Herausforderung für politische Ordnungsbildung konzeptuell erfassen und reflektieren können. Andererseits gilt es zu untersuchen, inwiefern auf konzeptuell solidem Fundament institutionelle Antworten auf die Bedingungen von Interdependenz entwickelt werden, die auch das Verhältnis von Unabhängigkeit zu Integration und Union zu erfassen helfen.

Schließlich bleibt es ein Anliegen, auch bei der Ausarbeitung der unterschiedlichen Theorien politischer Unabhängigkeit die Rückbindung an die empirischen Debatten und die Perspektive der Teilnehmenden nicht zu verlieren. Deshalb werden die systematisch ausgearbeiteten Theorien politischer Unabhängigkeit auch im Verlauf des theoretischen Teils der Rekonstruktion punktuell mit der Frage konfrontiert, ob sie den Sinn der Praktiken, die die Teilnehmenden an den schottischen Unabhängigkeitsdebatten vollzogen haben oder anstreben, überzeugend erfassen bzw. einordnen können. Dies schränkt den Eigenwert der theoretischen Auseinandersetzung mit Unabhängigkeit im zweiten Teil dieser Studie nicht ein. Das übergreifende Erkenntnisziel ist ein theoretisches. Theoretische Überlegungen sind nicht von empirischen Analysen abhängig, gar determiniert. Aber Ziel bleiben realitätsangemessene Theorien politischer Unabhängigkeit und der Rückbezug zum empirischen Fall stellt in diesem Sinne eine zusätzliche Gegenprobe für die Erkenntnisse der theoretischen Reflexion dar.

Ziel dieser Überlegungen ist es folglich, die Stärken und Schwächen der Theorien politischer Unabhängigkeit, die in den Debatten um Schottlands konstitutionelle Zukunft identifiziert werden können, sowie ihre Konsequenzen für politische Ordnungsbildung in Kontexten von Interdependenz, Integration und Union herauszuarbeiten und abzuwägen. Unabhängigkeit bleibt dabei ein umkämpftes institutionelles Leitprinzip, das für unterschiedliche empirisch und theoretisch fundierte Lesarten offensteht. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die vorliegende Studie keine begründete Präferenz für spezifische Verständnisse von Unabhängigkeit entwickeln kann oder keine kritische Dimension hat. Die Abwägung zwischen unterschiedlichen möglichen Theorien von Unabhängigkeit erfolgt im theoretischen Teil einerseits mit dem Ziel, zu klären, welche Theorien sich aus theoretischer Perspektive in welcher Hinsicht als überzeugend und tragfähig erweisen, welche aber auch nicht überzeugen. Überzeugende Lesarten von Unabhängigkeit können andererseits als Referenzpunkt für eine kritische Auseinandersetzung mit der politischen Praxis, mit Sezessionsbewegungen, aber auch mit Auseinandersetzungen um weiterführende politische Ordnungsbildung nicht zuletzt in Europa dienen. Wo in politischen Auseinandersetzungen Konzeptionen von Unabhängigkeit stark gemacht werden, die theoretisch aus

guten Gründen kritisiert werden, ist eine entsprechende begründete Kritik der politischen Praxis angemessen.

Die Ergebnisse dieser Studie beanspruchen Gültigkeit auch jenseits des schottischen Kontexts. Erstens sind die Debatten um die konstitutionelle Zukunft Schottlands nicht nur im UK verortet. Ganz praktisch sind die Mitglieder von Unabhängigkeitsbewegungen vernetzt und lernen gegenseitig von ihren Erfahrungen. Zudem variieren zwar die staatlichen Kontexte, nicht aber der internationale oder auch der europäische Rahmen, in dem das Streben von Unabhängigkeit verortet ist (Griffiths 2021: 31 ff.). In den Debatten greifen Akteur:innen darüber hinaus auf politisches Denken zurück, das in unterschiedlichen Kontexten geprägt wurde, das auch verwandte Fragen politischer Ordnungsbildung betrifft und dessen Diskussion grenzüberschreitend stattfindet. Im zweiten Teil der Rekonstruktion, der die breitere und weiterführende Theoriedebatte berücksichtigt, werden die Ergebnisse der Rekonstruktion der schottisch-britischen Debatten entsprechend auf ihre theoretische Überzeugungskraft als Leitprinzipien für Ordnungsbildung auch jenseits des schottischen Kontexts geprüft.

Allerdings hat eine derartige rekonstruktive Analyse dennoch Grenzen. Sie führt nicht zu Verständnissen von Unabhängigkeit, die nur für Schottland tragfähig sind. Aber sie führt zu Ergebnissen, die vor allem im konzeptuellen wie institutionellen Kontext Europas Anschlussfähigkeit beanspruchen und die in Kontexten mit vergleichbaren Vorstellungen über die Grundlagen politischer Ordnungsbildung und politischer Legitimität überzeugen können. So spielen individualistische Prämissen und demokratische Selbstbestimmung in den folgenden Auseinandersetzungen eine prägende Rolle. Zugleich sind die Ergebnisse nicht direkt und umfassend auf die Unabhängigkeit nicht-demokratischer Staaten übertragbar. Noch wichtiger ist: Gerade mit Blick auf (ehemals) koloniale Kontexte sind die Grenzen der Analyse zu beachten. Diese Studie erhebt explizit nicht den Anspruch, die Bedeutung von Unabhängigkeit für Kontexte der Dekolonisierung oder des Postkolonialismus zu erfassen. Mögliche Anschlussfähigkeiten, aber auch prägende Differenzen zu anti- und postkolonialem Denken (z. B. Getachew 2019) auszuloten, bleibt eine Aufgabe für zukünftige Arbeiten.

Gliederung und Thesen

Die folgende Studie ist grundlegend in zwei Teile gegliedert. Im ersten, stärker fallbezogenen Teil erfolgt, wie skizziert, die Kartierung und rekonstruktive Analyse der Debatten um Schottlands konstitutionelle Zukunft. Im Fokus steht die Frage nach Grundlagen und Elementen prägender Verständnisse bzw. Theorien politischer Unabhängigkeit (Kap. 1 und 2). Der zweite, theoretische Teil umfasst dar-

aufbauend die Ausarbeitung, Analyse und Diskussion zentraler Theorien politischer Unabhängigkeit und ihrer Begründung und Überzeugungskraft als theoretisch fundierte institutionelle Leitprinzipien (Kap. 3 bis 5). Die Studie schließt mit einer Skizze der institutionellen Konsequenzen politischer Unabhängigkeit und einer Neubestimmung ihrer Verhältnisse zu institutioneller Autonomie, Interdependenz und Union (Kap. 6).

In Teil I skizziere ich zunächst die historischen, institutionellen und ideellen Kontexte und Konstellationen der Debatten um Schottlands Status und konstitutionelle Zukunft (1.1). Darauf folgt die rekonstruktive Analyse der Debatten um Unabhängigkeit vor dem Referendum 2014 (1.2). Binäre und eingebettete Verständnisse von Unabhängigkeit, die das Verhältnis von Unabhängigkeit zu Interdependenz und Union gegenläufig konzipieren, sowie variierende Lesarten von Souveränität, Selbstbestimmung und Freiheit erweisen sich dabei als institutionell und konzeptuell prägend. Im Anschluss rekonstruiere ich, welche Kontinuitäten und Verschiebungen zentraler Argumentationsmuster und Spannungslinien die Debatten um Unabhängigkeit infolge des Brexit-Referendums 2016 kennzeichnen (1.3). Ziel ist eine überzeugende Analyse der politischen und konzeptuellen Kontroversen, die die Auseinandersetzungen um die konstitutionelle Zukunft Schottlands und des UK prägen. Diese bildet zugleich die Grundlage für theoretisch weiterführende Überlegungen.

Im Zwischenfazit systematisiere ich die zentralen Erkenntnisse der Rekonstruktion (Kap. 2). Ich argumentiere, dass Unabhängigkeit überzeugend als relationaler und mehrdimensionaler Begriff zu verstehen ist, der unterschiedliche politische und analytische Ebenen überspannt. Die spezifische Bedeutung von Unabhängigkeit als politischem Begriff und institutionellem Leitprinzip liegt dabei darin begründet, dass sie Souveränität, Selbstbestimmung und Freiheit zueinander in Beziehung setzt. Politische Unabhängigkeit erweist sich als Verbundbegriff, dessen Bedeutung sich durch die Verknüpfung unterschiedlicher Grundbegriffe erschließt (2.1). Dabei betrifft Souveränität vor allem politische Ordnungen, Selbstbestimmung lässt sich überzeugend als kollektive Selbstbestimmung verstehen und Freiheit wird als Freiheit bzw. Autonomie von Individuen wie auch politischen Ordnungen relevant. Gerade in dieser Erkenntnis der Mehrdimensionalität politischer Unabhängigkeit zeigt sich der Mehrwert der empirischen Grundlegung für die theoretische Auseinandersetzung mit Unabhängigkeit. Denn dieser Zusammenhang wird mit Blick allein auf die Theoriedebatten der Gegenwart nicht sichtbar. Insofern die drei Grundbegriffe zugleich unterschiedlichen Lesarten offenstehen, entwickle ich daran anschließend, die bisherige Rekonstruktion systematisierend, eine Typologie (liberal-)nationalistischer, liberaler und republikanischer Theorien von

Unabhängigkeit (2.2). Sie unterscheiden sich in den Akteuren bzw. Akteur:innen⁹ – Nationen, Gruppen von Individuen oder Demoi als politischen Kollektiven von Bürger:innen –, die für Verständnisse von Unabhängigkeit als relevant gelten, und verknüpfen in der Folge differenzierte Konzeptionen von Freiheit, Selbstbestimmung und Souveränität in je eigener Weise zu distinkten Verständnissen politischer Unabhängigkeit. Eine Skizze der zentralen offenen Fragen, die der theoretische Teil der Rekonstruktion beantworten muss, komplementiert den ersten Teil.

Um die identifizierten Theorien von Unabhängigkeit systematisch auszuarbeiten und kritisch zu prüfen, stellen die Kapitel des zweiten Teils der Studie jeweils ein Begriffspaar und damit Freiheit und Selbstbestimmung, Souveränität und Freiheit bzw. Selbstbestimmung und Souveränität in den Fokus. Kapitel 3 verhandelt (liberal-)nationalistische, liberale und republikanische Verknüpfungen von individueller Freiheit und kollektiver Selbstbestimmung als Grundlagen des Strebens nach Unabhängigkeit. Damit stehen sowohl Begründungen des Strebens nach als auch die Akteure von Unabhängigkeit im Fokus. Ausgangspunkt ist eine kritische Auseinandersetzung mit Varianten des liberalen Nationalismus und dem Prinzip nationaler Selbstbestimmung (3.1). Liberale Ansätze bieten eine alternative Grundlegung des Werts politischer Unabhängigkeit. Sie orientieren sich am Primat individueller Freiheit bzw. Autonomie, der auch ihre Lesarten kollektiver Selbstbestimmung prägt, wenn nicht gar einschränkt (3.2). Republikanische Beiträge bieten schließlich Ansätze, um Individuen und politisches Kollektiv, individuelle Freiheit bzw. Autonomie und kollektive als demokratische Selbstbestimmung in konstruktiver Verwiesenheit aufeinander zu konzipieren (3.3). Im Verlauf der Diskussion erweist sich ein differenziertes Verständnis individueller, kollektiver und korporativer Handlungsfähigkeit als hilfreich, um auf individualistischer Grundlage kollektive Selbstbestimmung verständlich zu machen und ihre institutionellen Voraussetzungen zu reflektieren (3.4). Diese Erkenntnis bewährt sich nicht nur, insofern sie hilft, die Prozesse und Praktiken des Entscheidens über Unabhängigkeit zu verstehen. Die unterschiedlichen Formen der Handlungsfähigkeit erweisen sich auch im weiteren Verlauf der Studie als von zentraler Bedeutung, um Beziehungen und Verknüpfungen zwischen Freiheit, Selbstbestimmung und Souveränität, theoretisch zu erfassen.

⁹ Hier und im Folgenden wird, wo es um Individuen geht, in der Regel von Akteur:innen gesprochen, wo kollektive oder korporative Akteure gemeint sind, hingegen Akteure verwendet. Um die Lesbarkeit des Textes zu gewährleisten wird, wo nicht allein plurale Individuen gemeint sind, auf das inklusive Akteur:innen verzichtet.

Kapitel 4 beginnt mit einem Perspektivenwechsel und nimmt Unabhängigkeit anhand einer Auseinandersetzung mit einschlägigen Beiträgen zur theoretischen Debatte um Souveränität und deren Verknüpfungen mit Konzeptionen von Freiheit als Prinzip politischer Ordnungsbildung im internationalen Kontext in den Blick. Im Fokus steht die Frage, welche Verknüpfungen von Souveränität und Freiheit überzeugen, um die Unabhängigkeit politischer Ordnungen zu erfassen. Gegenstand kritischer Reflektion ist zunächst die oft wie selbstverständlich vorausgesetzte Verbindung von ›westfälisch‹ verstandener staatlicher Souveränität mit Freiheit im liberalen Sinn der Nicht-Einmischung, die binären Verständnissen von Unabhängigkeit oft zugrunde liegen (4.1). Sie erweist sich in Kontexten der Interdependenz als Schwäche binärer Lesarten von Unabhängigkeit. Danach steht der liberale Gegenwurf der Postsouveränität zur Diskussion, der seinerseits allerdings zentrale Fragen der Ordnungsbildung unbeantwortet lässt (4.2). Dagegen bieten relationale Konzeptionen von Souveränität, die mit liberalen und republikanischen Lesarten von Freiheit und Autonomie verbunden werden können, tragfähigere Elemente für überzeugende Verständnisse von Unabhängigkeit, gerade auch unter Bedingungen der Interdependenz (4.3).

Vor diesem Hintergrund lassen sich theoretische Grundlagen der Konzeptionen binärer und eingebetteter Unabhängigkeit und ihre Passung mit liberalen, liberal-nationalistischen und republikanischen Theorien politischer Unabhängigkeit rekapitulieren (4.4). Dabei zeigen liberale und vor allem republikanische Ansätze ihre Tragfähigkeit, wenn es darum geht, den Status und die Beziehungen unabhängiger politischer Ordnungen theoretisch zu erfassen. Politische Ordnungen als korporative Akteure zu verstehen, erweist sich zugleich als ein zentraler konzeptueller Schlüssel, um sowohl die Verknüpfung von Souveränität und Freiheit als auch das Zusammenspiel unterschiedlicher politischer Ebenen differenziert zu erfassen. Auf dieser Grundlage zeigt sich, dass Unabhängigkeit als freie korporative Handlungsfähigkeit, gerade in Kontexten der Interdependenz, in Beziehung zu anderen Ordnungen gedacht werden sollte und mit institutioneller Einbettung in internationale Regime, Organisationen oder auch Unionen vereinbar ist. Dies gilt insbesondere dann, wenn Freiheit im republikanischen Sinn der Nicht-Beherrschung und Autonomie verstanden wird. Diese Ergebnisse sind unabhängig von dem im Folgenden entwickelten Argument tragfähig, dass Souveränität als korporative Handlungsfähigkeit nicht zwingend an die politische Form des Staates gebunden ist. Diese Frage der politischen Form unabhängiger Ordnungen wird zunächst mittels einer Konfrontation der vorangegangenen Diskussion mit dem Ansatz des pluralistischen Konstitutionalismus Walkers thematisiert, der eine Abkehr vom Staatsparadigma und die Option komplexerer Konstellationen pluraler unabhängiger Ordnungen nahelegt (4.5). Bevor in Kapitel 5 geprüft wird, inwiefern sich diese Möglichkeit auch angesichts

der Verknüpfungen von Selbstbestimmung und Souveränität bestätigt, schließt ein methodologischer Kommentar zur Bedeutung von Multiperspektivität in der politiktheoretischen Auseinandersetzung mit politischer Ordnungsbildung das vierte Kapitel ab (4.6).

Als drittes Begriffspaar stehen Selbstbestimmung und Souveränität im Fokus des fünften Kapitels. Anhand der Diskussion des Verhältnisses von Volks- und Staatssouveränität, das gerade im Kontext der europäischen Integration wiederholt zu grundlegenden Debatten geführt hat, werden die Erkenntnisse der vorangegangenen Kapitel zusammengeführt und auf Grundlage einer dualistischen Theorie der Volkssouveränität weiterentwickelt. In kritischer Auseinandersetzung mit dem republikanischen Internationalismus Bellamys erweisen sich die Integrität und Partikularität unabhängiger politischer Ordnungen, nicht aber ihre Exklusivität und ihre zwingende und ausschließliche Bindung an die politische Form des Staates als begründet, damit Selbstbestimmung und Souveränität sowie kollektive und korporative Handlungsfähigkeit in produktiver Beziehung stehen können (5.1). Im Anschluss erhält konstituierende Macht als zweite Dimension von Volkssouveränität gesondert Aufmerksamkeit und erweist sich als für ein überzeugendes und umfassendes Verständnis von Unabhängigkeit ebenfalls als bedeutend (5.2). Unabhängigkeit umfasst somit auch die potenzielle (Re-)Konstitution der politischen Ordnungen durch ihre konstituierenden Demoi. Zugleich ist, wie auch ein erneuter Blick auf die schottischen Diskussionen um Volkssouveränität und Verfassungsgebung bestätigt, neben dem Wandel der politischen Ordnungen auch der Wandel konstituierender Kollektive möglich. Ein Zwischenfazit, das die möglichen Verknüpfungen von Freiheit, Souveränität und Selbstbestimmung sowie die Stärken und Schwächen nationalistischer, liberaler und republikanischer Theorien politischer Unabhängigkeit rekapituliert, schließt den zweiten, theoretischen Teil der mehrstufigen Rekonstruktion zunächst ab (5.3). Dabei erweisen sich sowohl liberale als auch republikanische Positionen als tragfähig. Zugleich lässt sich eine Präferenz für eine republikanische Theorie politischer Unabhängigkeit, die die konzeptuellen Scharniere zwischen den unterschiedlichen Ebenen und die Verknüpfungen zwischen den drei Bausteinen von politischer Unabhängigkeit als eines Verbundbegriffs überzeugend zu erfassen vermag, systematisch begründen.

Ausgehend von dieser republikanischen Theorie politischer Unabhängigkeit werden in Kapitel 6 schließlich institutionelle Konsequenzen der vorangegangenen theoretischen Überlegungen skizziert. Grundlegend dafür ist die Bestimmung der Differenzen bzw. der Schwelle zwischen institutioneller Autonomie und Unabhängigkeit, für die die Konstitution politischer Ordnungen und die ihnen zugrunde liegende konstituierende Macht ebenso entscheidend sind wie ihr Status und ihre Beziehungen als freie korporative Akteure (6.1). In einem

zweiten Schritt wird das Verhältnis von Unabhängigkeit und Interdependenz neu bestimmt (6.2). Auf dieser Grundlage lassen sich dann staatszentrierte und pluralistische Konstellationen unabhängiger Ordnungen unterscheiden und somit differenzierte Entwicklungspfade für unabhängige Ordnungen in Kontexten der Interdependenz skizzieren sowie die Bedeutung multilateraler Entscheidungsverfahren neu fassen (6.3). Abschließend eröffnet die politische Theorie politischer Unabhängigkeit fruchtbare Perspektiven auf Sezession, gerade im Kontext von Föderationen (6.4).

Insgesamt zeigt sich im Rahmen dieser Studie: Unabhängigkeit verweist auf den Status politischer Ordnungen, der ihre freie bzw. autonome korporative Handlungsfähigkeit ermöglicht – wobei korporative Handlungsfähigkeit den Kern der Souveränität politischer Ordnungen betrifft. Sie ist parallel durch Bezüge auf kollektive Selbstbestimmung und individuelle Freiheit bzw. Autonomie begründet. So verstanden ist politische Unabhängigkeit kein rein negativer Begriff. Als institutionelles Leitprinzip hat sie zudem, gerade unter Bedingungen von Interdependenz und Integration, nichts an Relevanz und Bedeutung eingebüßt. Denn Unabhängigkeit zielt gerade darauf ab, dass Beziehungen der Interdependenz nicht in Dependenz bzw. Beherrschung zwischen politischen Ordnungen und ihren Demoi umschlagen. Dies deutet zugleich darauf hin, dass binäre Konzeptionen, die Unabhängigkeit in Opposition zu Interdependenz und Integration konzipieren, zu kurz greifen. Eingebettete Konzeptionen von Unabhängigkeit können dagegen nicht zuletzt unter Bedingungen der Gegenwart überzeugen. Sie sind wiederum nicht zwingend auf die politische Form des Staates beschränkt.

Die vorliegende Studie leistet somit begriffliche und theoretische Grundlagenforschung. Sie präsentiert erstens eine systematische Analyse des oft verwendeten, aber konzeptuell und theoretisch nachrangig behandelten Begriffs der Unabhängigkeit. Politische Unabhängigkeit erweist sich als Verbundbegriff, der Freiheit, Selbstbestimmung und Souveränität in Beziehung zueinander setzt und dadurch seine Bedeutung gewinnt. Liberale, (liberal-)nationalistische und republikanische Theorien politischer Unabhängigkeit bieten je unterschiedliche und in unterschiedlichem Maß überzeugende Lesarten politischer Unabhängigkeit und der Verknüpfungen zwischen Freiheit, Selbstbestimmung und Souveränität, die diese prägen. Den Schlüssel zu einem differenzierten Verständnis von Unabhängigkeit bildet zweitens ein differenziertes Verständnis individueller, kollektiver und korporativer Handlungsfähigkeiten. Durch ihre Differenzen, aber auch ihre Verwiesenheit aufeinander helfen sie, die Bedeutung bzw. den Wert unabhängiger politischer Ordnungen verständlich machen, ohne den Blick auf souveräne Staatlichkeit zu verengen. Auf dieser Grundlage wird drittens ein mehrdimensionaler und multiperspektivischer Zugang zu demokratischer

Ordnungsbildung entwickelt, der die Konstitution und den Status, aber eben auch die Beziehungen und das Zusammenspiel unterschiedlicher unabhängiger (Teil-)Ordnungen in komplexen politisch-institutionellen Konstellationen theoretisch greifbar macht. Dieser bietet fruchtbare Perspektiven auch auf die europäische Integration und mögliche Entwicklungspfade der europäischen Mehrebenen-Konstellation. Nicht zuletzt zeigt sich in diesem Rahmen, dass Unabhängigkeit und Unionen, gerade unter Bedingungen der Interdependenz, keine Gegensätze sind.

Teil A: Schottland im UK in Europa und die Debatten um Unabhängigkeit

I Debatten um Unabhängigkeit im schottischen, britischen und europäischen Kontext

Kontroversen um die Bedeutung von Union, institutioneller Autonomie und Unabhängigkeit prägen politische Debatten im UK nicht erst seit Beginn des 21. Jahrhunderts. Der empirisch-sozialwissenschaftliche Teil der vorliegenden mehrstufigen Rekonstruktion widmet sich im ersten Kapitel genau diesen Auseinandersetzungen mit und um Unabhängigkeit und Union im schottischen, britischen und europäischen Kontext. Die Grundlage bildet eine Kartierung des historischen, institutionellen sowie ideellen Kontexts und der Akteurskonstellation in den Unabhängigkeitsdebatten (1.1). Das Herzstück dieses Kapitels bildet darauf aufbauend die Analyse der Elemente, die Verständnisse von Unabhängigkeit sowie Begründungen für das Streben nach oder die Ablehnung von schottischer Unabhängigkeit in den Referendumsdebatten 2013/2014 prägen (1.2). Abschließend werden die Entwicklungen thematisiert, die die Auseinandersetzungen um Schottlands konstitutionelle Zukunft infolge des Brexits prägen. In allen drei Schritten zeigen sich variierende Verständnisse und Begründungen von Unabhängigkeit, ihren konzeptuellen Bausteinen und institutionellen Konsequenzen, im schottisch-britisch-europäischen Kontext. Sie legen unterschiedliche Lesarten von Unabhängigkeit und ihres Verhältnisses zu Interdependenz und Union(en) nahe. Im Zwischenfazit (Kap. 2) werden diese systematisierend und vom Kontext des UK abstrahiert typologisiert. So werden unterschiedliche Theorien politischer Unabhängigkeit, aber auch offene Fragen zu ihrem Inhalt und ihrer Überzeugungskraft erkennbar.

1.1 Kartierung:

Kontexte der Debatten um die Unabhängigkeit Schottlands

»Do you agree that there should be a Scottish Parliament as proposed by the Government?« Am 11. September 1997 beantworteten 74,3% der Abstimmenden in Schottland bei einer Wahlbeteiligung von 60,2% diese Frage mit »Ja« (siehe